
Kommentar: Pünktlich zur IAA geraten SUVs ins Fadenkreuz der Autofeinde

Von Hans-Robert Richarz

In Bremerhaven blockiert Greenpeace das Entladen von 2000 BMW, durchweg Sport Utility Vehicles (SUV) aus dem nordamerikanischen Spartanburg. „Es ist völlig unverantwortlich, heute noch SUVs herzustellen und zu fahren“, sagt Benjamin Stephan, Greenpeace-Verkehrsexperte. Ins gleiche Horn stößt Ernst-Christoph Stolper, Vizevorsitzender des Vereins Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Auch er fordert, die Automobilindustrie müsse auf der Stelle mit der Produktion von SUVs aufhören.

Genauso lautstark poltert – wie sollte es auch anders sein – die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gegen die komplette Gattung: „Von dieser IAA muss die Botschaft 'Ende des Stadt-Geländewagens' ausgehen“, schrieb der Verein. Dass von den im Juli 2019 neu zugelassenen rund 66 000 Exemplaren der verhassten Art weit mehr als die Hälfte auf spritsparende Modelle wie zum Beispiel VW T-Roc oder Ford Kuga entfiel, passt der DUH nicht ins Konzept und bleibt daher unerwähnt.

Doch das ist alles erst der Anfang. Besucher der Internationalen Automobil Ausstellung in Frankfurt (12. bis 22. September) müssen sich darauf einstellen, dass ihnen vor allem am Wochenende am 14. und 15. Demonstrationen den Zugang zur Messe erschweren. Die werden nicht alle friedlich verlaufen. Die Polizei rechnet jedenfalls mit Aktionen gewaltbereiter Gruppen.

Allen Kritikern gemeinsam ist die Ablehnung von SUVs egal welcher Größe. Diese Autos seien „aufgrund ihres hohes Gewichts und ihrer großen Motoren“ so Greenpeace, nicht nur „erheblich umweltschädlicher als andere Personenwagen“, sondern würden zudem für andere Verkehrsteilnehmer „ein erhebliches Risiko“ darstellen. „Wer als Autofahrer einen SUV als Unfallgegner hat, hat ein viermal höheres Risiko zu sterben als bei einem gewöhnlichen Pkw. Bei Fußgängern steigt das Risiko eines tödlichen Unfalls aufgrund der höheren Motorhaube um die Hälfte an“, heißt es. Woher die Zahlen stammen, bleibt im Dunkeln.

Siegfried Brockmann, Leiter der Unfallforschung im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, weiß von Berufs wegen, dass die Greenpeace-Argumentation falsch ist. Im Fernsehsender „n-tv“ warnte er davor, ein „Schwarz-Weiß-Bild“ zu zeichnen. „Denn ab einer gewissen Geschwindigkeit stellt jeder Autotyp eine tödliche Gefahr für Fußgänger dar.“

Der Unfallforscher lehnte es zugleich ab, einen schweren Unfall als Anlass dafür zu nehmen, die Verbannung von SUVs aus den Innenstädten zu fordern. Das hatte der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Stephan von Dassel (Grüne) getan, als am 6. September ein schwerer Unfall in Berlin vier Todesopfer forderte. Ein SUV war auf den Bürgersteig geraten und in eine Fußgängergruppe gefahren. Von Dassel schäumte: „Solche panzerähnlichen Autos gehören nicht in die Stadt. Es sind Klimakiller, auch ohne Unfall bedrohlich, jeder Fahrfehler wird zur Lebensgefahr für Unschuldige.“ Experte Brockmann darauf nüchtern: „Ein Kleinwagen stellt in solchen Situationen eine ähnlich große Gefahr dar.“

Apropos Gewicht eines SUV: Am fürchterlichen Unglück in Berlin war ein Porsche Macan beteiligt, der 1795 Kilogramm auf die Waage bringt. Die meisten Elektroautos sind aufgrund ihrer Batterie schwerer. Die von Greenpeace, BUND oder DUH so vergötterten

Tesla-Modelle wiegen beispielsweise mindestens 100 Kilo mehr (Tesla Model 3), die anderen beiden noch mehr (Tesla S 2108 Kilo, Tesla X 2497 Kilo). Das Produkt aus Masse und Geschwindigkeit bestimmt die Unfallschwere, auch bei Elektroautos.

Richtig widerlich nach Ansicht einer großen Gruppe von Mitgliedern im sozialen Netzwerk Twitter wurde es, als die DUH unmittelbar nach dem schrecklichen Unglück in Berlin nach Vorbild der AfD, die jedes Verbrechen einem Ausländer in die Schuhe schieben möchte, sozusagen aus dem Stand twitterte: „SUVs haben in unseren Städten nichts zu suchen! Vier Tote, darunter ein Kleinkind, sind die Bilanz eines schrecklichen Raser-Unfalls mit einem Porsche-SUV in Berlin. Und wenn es nach den Autokonzernen geht, soll mehr als jeder zweite Neuwagen ein SUV werden. Wir kämpfen dagegen an!“ Zu dem Zeitpunkt hatte die Polizei noch nicht einmal Zeit gefunden, den Unfallursachen nachzugehen. Sie twitterte ihrerseits an die Adresse der DUH: „Bitte unterlassen Sie Spekulationen aus Rücksicht auf die Angehörigen.“

Selbst bei Menschen, die dem Verein sonst positiv gegenüber stehen, machte sich Empörung breit. „Pietätlose Stimmungsmache“, „Blödes Geschwätz“ oder „Willkommen im Club der Populisten“ zählten noch zu den zurückhaltenden Kommentaren. Einer schrieb: „Der ekelhafte Drang mancher, sofort ohne jegliche Pietät für und Rücksicht auf Betroffene und Angehörige – sogar trotz entsprechender expliziter Bitte der Polizei – zu spekulieren und zu verurteilen finde ich absolut abstoßend egozentrisch!“ Stimmt. Die AfD lässt grüßen. (ampnet/hrr)

Bilder zum Artikel



Hans-Robert Richarz.

Foto: Auto-Medienportal.Net